



Migrationen = Ablenkungsmanöver!

Wer schließt Krankenhäuser? Syrische Geflüchtete oder deutsche Politiker*innen?

Wer spekuliert mit unseren Wohnungen? Ukrainische Geflüchtete oder Vonovia und Co.?

Wer kürzt Sozialausgaben und senkt die Steuern für Superreiche? Afghanische Geflüchtete oder Politiker*innen von SPD, CDU/CSU, FDP und Grüne?

In Deutschland liegt vieles im Argen. Wirtschaftskrise und Arbeitsplatzvernichtung in der Industrie, während es zu wenig Lehrer*innen, Krankenpfleger*innen, Arztpraxen und Erzieher*innen gibt. Zugausfälle und Verspätungen sind zur Normalität geworden. Die Preisexplosion der letzten Jahre hat den Lebensstandard sinken lassen. Für dringend nötige Investitionen in Kitas, Schulen und Unis fehlt angeblich das Geld.

Es gibt viele Gründe, über die aktuellen Verhältnisse wütend und frustriert zu sein. Statt jedoch diese Probleme anzugehen, befeuern Politiker*innen von CDU bis Grüne die sogenannte "Migrationsdebatte" und erwecken den Eindruck, Migration sei zur Zeit das größte Problem und außerdem ursächlich für die anderen Missstände. Das ist eine Lüge. Die wahren Ursachen liegen in der Politik der pro-kapitalistischen Parteien, die bei Sozialausgaben gekürzt und den Superreichen, Banken und Konzernen Geschenke gemacht haben und dem kapitalistischen System, das diese verteidigen und in dem der Profit für einige Wenige mehr zählt als die Bedürfnisse von Millionen. Die nachvollziehbare Sorge vieler Menschen, dass Zuwanderung die gesellschaftlichen

Missstände verschärft, wird ausgenutzt, um von den wahren Problemen und ihren Verursacher*innen abzulenken.

"Zu viel" Einwanderung?

Es stimmt, dass seit 2020 etwa 1,5 Millionen Menschen mehr in Deutschland leben und dieser Anstieg maßgeblich auf Zuwanderung zurückzuführen ist. Es stimmt nicht, dass „immer mehr“ Geflüchtete kommen. Laut BAMF sind im ersten Halbjahr 2024 rund 21 Prozent weniger Asylanträge als im gleichen Zeitraum 2023 gestellt worden. Bevölkerungszuwachs führt auch nicht automatisch zu sozialen Problemen. Von 1950 bis 1960 stieg die Bevölkerung alleine in Westdeutschland um fünf Millionen, bis 1970 um weitere sechs Millionen. Irlands Bevölkerung stieg zwischen 2000 und 2020 um über dreißig Prozent - ohne dass die Gesellschaft kollabiert wäre.

Kürzungen auf unsere Kosten

Dass Behörden überarbeitet sind, Brücken zusammenstürzen und Investitionen nicht getätigt werden, liegt nicht daran, dass es mehr Menschen in Deutschland gibt. Vielmehr wurde Jahrzehnte lang gekürzt und

nicht investiert, weil die Reichen weniger Steuern zahlen und die Unternehmen nur investieren, wenn satte Profite sicher sind. Laut der Hans-Böckler-Stiftung hat sich der Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur auf insgesamt 600 Milliarden Euro aufgetürmt. Diese Summe würde nicht kleiner, wenn weniger Einwanderer*innen kämen.

Das Geld liegt bei den Reichen!

In Deutschland besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung ein Drittel des Gesamtvermögens. Das sind rund 2600 Milliarden Euro. Das ist unter anderem das Geld, das in unseren Schulen, Krankenhäusern und sozialen Diensten fehlt. Wenn die Migration zur Mutter aller Probleme erklärt wird, werden wir von dieser Tatsache abgelenkt.

Überlasten Geflüchtete die Kommunen?

An den klammen Kassen der Kommunen sind auch die Steuergesetze der Bundes- und Landesregierungen schuld. Kommunen bekommen viel zu wenig von den Steuern zur Verfügung gestellt, die für Reiche und Unternehmen viel zu niedrig sind. Alleine die Wiedereinführung der Vermögens-

steuer zum alten Satz würde jährlich zwanzig Milliarden Euro einbringen. Eine höhere Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinnen könnte ein Vielfaches davon einholen (wovon dann auch ein höherer Teil an die Kommunen fließen müsste). Mit dem Geld könnten Freibäder, KITAS und Krankenhäuser erhalten und neu gebaut sowie ÖPNV-Taktungen ausgebaut werden. Es könnten aber auch Maßnahmen getroffen werden, um Sprachförderung für Geflüchtete auszubauen und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, was den Arbeitskräftemangel in manchen Bereichen senken und die Gesellschaft insgesamt reicher machen könnte, wenn diese nicht nach kapitalistischen Prinzipien funktionieren würde. Das wären Maßnahmen, die Arbeiter*innen und Jugendlichen wirklich etwas bringen würden, statt Milliarden in Prestigeprojekte zu stecken und Gewerbesteuern für große Unternehmen zu senken.

Steigt durch Zuwanderung die Kriminalität?

Durch die Migration wird Deutschland kein gefährlicherer Ort. Alle seriösen Untersuchungen zeigen auch, dass es unter Migrant*innen keine signifikant höhere Kriminalitätsrate gibt. Die höhere Anzahl an registrierten Straftaten und Tatverdächtigen (nicht Verurteilungen!) bei Menschen mit Migrationshintergrund liegt in erster Linie daran, dass diese gemessen an der Bevölkerung öfter kontrolliert werden und für sie Gesetze gelten, die für Deutsche nicht gelten (z.B. restriktive Aufenthaltsgesetze). Eine deutschlandweite Umfrage des Sachverständigenrats für Integration und

Migration fand heraus, dass als ausländisch wahrgenommene Befragte in etwa doppelt so häufig von der Polizei kontrolliert werden wie andere.

Gibt es mehr islamistische Gewalt?

Ein großer Teil der Geflüchteten aus muslimisch geprägten Ländern flieht vor islamistischem Terror. Terroranschläge in Deutschland und Europa werden oftmals nicht von Geflüchteten verübt. Hinzu kommt, dass die Bedrohung aufgebauscht wird, um Ängste und Rassismus zu schüren. Es ist in Deutschland weiterhin wahrscheinlicher von einem Nazi ermordet zu werden, als durch Islamist*innen, vor allem aber an den katastrophalen Umweltfolgen der kapitalistischen Produktionsweise zu sterben.

Hauptprofiteur: AfD!

Die sogenannte Migrationsdebatte lenkt nicht nur ab von den wahren Problemen, sie stärkt auch die AfD und Nazis. In dem in allen Medien und Talkshows das Märchen verbreitet wird, Migration wäre die Ursache sozialer Probleme, werden die Rechtspopulist*innen und -extremist*innen gestärkt. Das ist eine reelle Gefahr für alle Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. In Sonneberg, wo die AfD den Landrat stellt, haben sich die Fälle rechtsextremer Gewalt verfünffacht.

Rassismus und Sozialabbau stoppen!

Wir dürfen nicht auf das Ablenkungsmanöver von CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und AfD reinfallen. Wir müssen uns schützend vor alle stellen, die von Dis-

kriminierung und rassistischen Anfeindungen betroffen sind, denn Rassismus schwächt uns als Lohnabhängige insgesamt. Er dient zur Spaltung, ganz nach dem Motto "Teile und herrsche". Wenn die hier Geborenen sich gegen den Geflüchteten wenden, kämpfen sie nicht gegen Großaktionär*innen und Immobilienkonzerne. Nur durch einen solchen Kampf werden wir aber unsere Lebensverhältnisse verbessern können - und diesen Kampf müssen wir mit allen Betroffenen gemeinsam führen, unabhängig von Nationalität, Hautfarbe, Geburtsort und Religionszugehörigkeit.

Kapitalismus überwinden!

Die soziale Ungleichheit und Rassismus haben ihre Wurzeln im kapitalistischen System. Denn mit unserer Arbeit erwirtschaften wir ihre Profite. Durch Rassismus und andere Diskriminierungsformen werden wir gespalten. Deswegen ist es auch notwendig, den Kapitalismus als Ganzes auf den Müllhaufen der Geschichte zu fördern. Die Sol kämpft daher für eine sozialistische Demokratie, in der Kriege, Ausbeutung und Armut all für allemal ein Ende gesetzt werden.

Veranstaltung & Kontakt

Wofür wir kämpfen:

- Für massive Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales
- Für höhere Löhne und Renten
- Nein zum Rassismus von AfD und den bürgerlichen Parteien!
- Nein zu allen Kürzungen!
- Die Reichen sollen zahlen! Für eine Vermögenssteuer von zehn Prozent ab einer Million Euro Vermögen, ein stark progressives Steuersystem und drastisch höhere Steuern auf Unternehmensprofite und Erbschaften. Für eine einmalige Abgabe von dreißig Prozent auf das Geldvermögen von Millionär*innen und Milliardär*innen.
- Nein zur Verschärfung des Asylrechts! Gleiche Rechte für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben – Nein zu rassistischen Sondergesetzen! Nein zu Abschiebungen – Bleiberecht für alle!
- Sofortiges Recht auf Arbeit von Asylbewerber*innen und Geflüchteten
- Fluchtursachen bekämpfen - Waffenexporte verbieten und imperialistische Ausbeutung beenden
- Für den gemeinsamen Kampf von Gewerkschaften, Die Linke, sozialen Bewegungen und linken Gruppen für soziale Verbesserungen!
- Für eine sozialistische Alternative, statt kapitalistischer Dauerkrise! Für die Überführung der großen Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung!

